



VERNEHMLASSUNGSBERICHT

DER REGIERUNG

BETREFFEND

DIE SCHAFFUNG EINES GESETZES ÜBER DIE ERBRINGUNG VON

DIENTSTLEISTUNGEN (DIENTSTLEISTUNGSGESETZ)

Ressort Präsidium

Vernehmlassungsfrist: 30. April 2010

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Zusammenfassung	4
Zuständiges Ressort	5
Betroffene Stellen	5
1. Ausgangslage	7
2. Schwerpunkte der Vorlage	7
2.1 Einheitlicher Ansprechpartner	7
2.2 Genehmigungen	8
2.3 Grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit	9
2.4 Rechte der Dienstleistungsempfänger	9
2.5 Abänderung von Spezialgesetzen	10
3. Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln	11
3.1 Dienstleistungsgesetz	11
3.2 Abänderung Bankengesetz, Rechtsanwaltsgesetz, Treuhändergesetz, Patentanwaltsgesetz, Wirtschaftsprüfergesetz	37
4. Vernehmlassungsvorlagen	39
4.1 Dienstleistungsgesetz (DLG)	39
4.2 Abänderung Bankengesetz	63
4.3 Abänderung Rechtsanwaltsgesetz	65
4.4 Abänderung Treuhändergesetz	67
4.5 Abänderung Patentanwaltsgesetz	69
4.6 Abänderung Wirtschaftsprüfergesetz	71

ZUSAMMENFASSUNG

Der Hohe Landtag hat in seiner Sitzung vom 20. November 2009 der Übernahme der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt (Dienstleistungsrichtlinie) in das EWR-Abkommen zugestimmt. Die Dienstleistungsrichtlinie verfolgt das Ziel, Fortschritte im Hinblick auf einen echten Binnenmarkt für Dienstleistungen zu erreichen, sodass im grössten Sektor der europäischen und auch der liechtensteinischen Wirtschaft sowohl Unternehmen als auch Konsumenten den vollen Nutzen aus diesen Möglichkeiten ziehen können. Zur Erreichung dieses Ziels wird mit den Bestimmungen der Richtlinie eine Vereinfachung der nationalen Verwaltungsverfahren, der Abbau von Hindernissen für Dienstleistungen sowie die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten und des Vertrauens von Dienstleistungserbringern und Verbrauchern in den Binnenmarkt angestrebt.

Ein wettbewerbsfähiger Dienstleistungsmarkt ist für die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU, im EWR und in Liechtenstein wesentlich. Durch die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in allen EWR-Staaten wird eine grosse Anzahl von Beschränkungen, die Dienstleistungserbringer, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), daran hindert, über die nationalen Grenzen hinauszuwachsen, abgeschafft. Damit können nun auch liechtensteinische Unternehmen uneingeschränkt Nutzen aus dem fast 500 Millionen Einwohner umfassenden Binnenmarkt ziehen.

Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfolgt in erster Linie in dem vorliegenden Gesetz über die Erbringung von Dienstleistungen (Dienstleistungsgesetz). Das Dienstleistungsgesetz gibt, unbeschadet spezifischer Rechtsvorschriften, den allgemeinen Rechtsrahmen für die Dienstleistungserbringung in Liechtenstein vor und enthält daher Vorschriften in Bezug auf Genehmigungsverfahren, die Rechte und Pflichten für Dienstleistungserbringer und -empfänger, die Aufgaben des einheitlichen Ansprechpartners und der zuständigen Behörden sowie die Verwaltungszusammenarbeit.

Schwerpunkte des Gesetzes bilden daher die Einrichtung eines einheitlichen Ansprechpartners für Dienstleistungserbringer, die Verfahrensbeschleunigung mittels kurzer Genehmigungsfristen und einer Genehmigungsfiktion, die grenzüber-

schreitende Verwaltungszusammenarbeit sowie umfassende Informationsrechte für Dienstleistungsempfänger. Darüber hinaus werden Spezialgesetze abgeändert, um bestehende Dienstleistungsbeschränkungen abzubauen.

Die Erleichterungen durch das Dienstleistungsgesetz werden insbesondere den liechtensteinischen Unternehmen zugute kommen. Sie profitieren von Erleichterungen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit im Inland sowie vom Abbau von Barrieren für die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen.

ZUSTÄNDIGES RESSORT

Ressort Präsidium

BETROFFENE STELLEN

Amt für Gesundheit, Amt für Handel und Transport, Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen, Amt für Personal und Organisation, Amt für Soziale Dienste, Amt für Umweltschutz, Amt für Volkswirtschaft, Ausländer- und Passamt, Datenschutzstelle, Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA), Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt, Hochbauamt, Motorfahrzeugkontrolle, Schulamt, Stabsstelle EWR

Vaduz, 2. März 2010
RA 2010/488-9421/1-Art. 36

P

1. AUSGANGSLAGE

Am 9. Juni 2009 hat der Gemeinsame EWR-Ausschuss in Brüssel beschlossen, die Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt in das EWR-Abkommen (EWRA) zu übernehmen (Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr. 45/2009). Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 20. November 2009 diesem Beschluss die Zustimmung erteilt. Die Richtlinie sieht eine Umsetzungsfrist bis 28. Dezember 2009 vor. Für die EWR/EFTA-Staaten endet die Umsetzungsfrist, sobald das isländische Parlament der Übernahme zugestimmt hat.

2. SCHWERPUNKTE DER VORLAGE

2.1 Einheitlicher Ansprechpartner

Das vorliegende Dienstleistungsgesetz bezweckt in erster Linie, die Erbringung von Dienstleistungen zu vereinfachen. Zu diesem Zweck wird ein so genannter einheitlicher Ansprechpartner eingerichtet, welcher dem Dienstleistungserbringer Hilfestellung bei der Aufnahme und Ausübung seiner Dienstleistungstätigkeit bietet. Über den einheitlichen Ansprechpartner sollen sämtliche Verfahren und Formalitäten abgewickelt werden können, die für die Aufnahme der Dienstleistungstätigkeit erforderlich sind („One Stop Shop“). Der Mehrwert für die Dienst-

leistungserbringer liegt somit darin, dass sie nicht mehr Kontakt mit verschiedenen zuständigen Behörden aufnehmen müssen, um alle notwendigen Informationen zu sammeln und alle notwendigen Schritte im Hinblick auf ihre Dienstleistungen abzuwickeln. Natürlich soll es den Dienstleistungserbringern weiterhin möglich sein, direkt mit den zuständigen Behörden Kontakt aufzunehmen und Dokumente/Genehmigungen usw. direkt und persönlich einzureichen bzw. entgegenzunehmen. Die Ausgestaltung des einheitlichen Ansprechpartners obliegt den Mitgliedstaaten. Insbesondere kann der einheitliche Ansprechpartner nur auf elektronischer Grundlage geschaffen werden, ohne auf eine physische Infrastruktur zurückzugreifen. Die Richtlinie stellt in jedem Fall klar, dass der einheitliche Ansprechpartner die Aufteilung der Kompetenzen unter den zuständigen Behörden nicht beeinträchtigt.

2.2 Genehmigungen

Das Dienstleistungsgesetz enthält besondere Bestimmungen über Genehmigungsregelungen. Anträge auf Genehmigungen sollen in Zukunft innert 6 Wochen erledigt werden. Damit bekennt sich Liechtenstein zu einer effizienten und bürgerfreundlichen Verwaltung und hebt sich von Verwaltungen in den anderen EWR-Staaten ab (Österreich sieht eine Entscheidungsfrist von drei Monaten vor, die Niederlande acht Wochen). Eine wesentliche Beschleunigung der Verfahren wird auch mit dem Instrument der Genehmigungsfiktion bei Untätigkeit der Behörde bewirkt. Ausserdem wird der Grundsatz festgehalten, dass Genehmigungen unbefristet erteilt werden, es sei denn eine zeitliche Beschränkung der Genehmigung ist aufgrund von zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerechtfertigt.

2.3 Grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit

Ein weiterer zentraler Punkt des Dienstleistungsgesetzes ist die Regelung der grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, im Anwendungsbereich dieses Gesetzes ausländischen Behörden Amtshilfe zu gewähren, insbesondere Ersuchen um Informationen zu beantworten sowie, soweit erforderlich, Überprüfungen, Kontrollen und Untersuchungen von Sachverhalten vorzunehmen. Art. 17 des Gesetzes legt ausserdem einen Mechanismus fest, der darauf abzielt, dass die zuständigen Behörden alle anderen betroffenen EWR-Staaten und die EFTA-Überwachungsbehörde so schnell wie möglich informieren, sobald sie Kenntnis von bestimmten Handlungen oder Umständen im Zusammenhang mit einer Dienstleistungstätigkeit erlangen, die einen schweren Schaden für die Gesundheit oder die Sicherheit von Menschen oder die Umwelt verursachen können. Dabei sind aber die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes zu beachten.

Damit die Verwaltungszusammenarbeit ordnungsgemäss funktioniert, bedarf es der Unterstützung durch technische Hilfsmittel, die eine direkte und schnelle Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten gewährleisten. Aus diesem Grund hat sich die Europäische Kommission in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten ein elektronisches System zum Austausch von Informationen eingerichtet (das Binnenmarktinformationssystem IMI). An IMI nehmen die EWR/EFTA-Staaten Liechtenstein, Norwegen und Island gleichberechtigt teil.

2.4 Rechte der Dienstleistungsempfänger

Das Dienstleistungsgesetz hat darüber hinaus auch positive Auswirkungen für die inländischen Dienstleistungsempfänger. So werden ihnen bestimmte allgemeine

und aktuelle Informationen, insbesondere über die Anforderungen für die Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistung im Inland und im EWR-Raum, in klarer und gut verständlicher Form sowie aus der Ferne und elektronisch leicht zugänglich zur Verfügung stehen. Ein Dienstleistungserbringer hat den Dienstleistungsempfängern zudem Informationen über sich und seine Dienstleistung – teils von sich aus, teils auf Anfrage – klar, verständlich, eindeutig und rechtzeitig vor Abschluss des Vertrags oder Erbringung der Dienstleistung zur Verfügung zu stellen. Diese verbesserte Information und Transparenz wird die Konsumenten in die Lage versetzen, fundiertere Entscheidungen zu treffen.

2.5 Abänderung von Spezialgesetzen

Die Dienstleistungsrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, ihre Gesetzgebung auf diskriminierende und beschränkende Voraussetzungen für die Dienstleistungserbringung zu überprüfen und gegebenenfalls abzuändern. Im Hinblick auf das am 6. Januar 2010 ergangene Urteil des EFTA-Gerichtshof in der Rs. E-1/09 sollen im Rahmen dieser Vorlage die für Rechtsanwälte, Treuhänder, Patentanwälte, Wirtschaftsprüfer sowie die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats einer Bank bestehenden Wohnsitzerfordernisse abgeschafft werden.

Ausserdem ist Liechtenstein verpflichtet, alle neuen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die Anforderungen gemäss Art. 15 Abs. 6 der Dienstleistungsrichtlinie enthalten, der EFTA-Überwachungsbehörde vorab mitzuteilen. Die EFTA-Überwachungsbehörde entscheidet dann binnen drei Monaten über die Vereinbarkeit der neuen Anforderungen mit dem EWR-Recht (Art. 15 Abs. 7 Dienstleistungsrichtlinie).

3. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN EINZELNEN ARTIKELN

3.1 Dienstleistungsgesetz

Zu Art. 1 – Gegenstand und Geltungsbereich

Art. 1 nennt den Gegenstand des Gesetzes. Der sich daraus ergebende sachliche und persönliche Anwendungsbereich setzt folgende Tatbestandsmerkmale voraus: es muss sich um eine „Dienstleistung“ handeln, die von einem „Dienstleistungserbringer“ angeboten wird. Die Begriffe „Dienstleistung“ und „Dienstleistungserbringer“ werden in Art. 5 Bst. a und b näher erläutert. Darüber hinaus muss die Dienstleistung im Inland oder in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens erbracht werden. Dementsprechend sind Dienstleistungserbringer und -empfänger, die in der Schweiz niedergelassen sind, explizit nicht vom Geltungsbereich des Gesetzes erfasst. Der Grund hierfür ist, dass die Dienstleistungsrichtlinie für die Schweiz und andere Drittstaaten nicht gilt.

Abs. 2 macht deutlich, dass die in Art. 1 der Dienstleistungsrichtlinie genannten Bereiche vom vorliegenden Dienstleistungsgesetz unberührt bleiben. Die Aufzählung selbst ist exemplarisch. Ausdrücklich vom Anwendungsbereich ausgenommen ist beispielsweise das Recht Gesamtarbeitsverträge zu schliessen. Abs. 3 verweist darauf, dass auch die Regeln des internationalen Privatrechts, insbesondere die Regeln des auf vertragliche und ausservertragliche Schuldverhältnisse anzuwendenden Rechts, nicht von diesem Gesetz berührt werden. Dies gilt insbesondere für die zwingenden Regeln etwa des Konsumenten- und Arbeitnehmerschutzes (vgl. etwa Art. 45, 48 IPRG).

Zu Art. 2 – Zweck

Art. 2 nennt den Zweck und erwähnt dabei die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie als ein mit dem Gesetz verfolgtes Ziel. Auf der einen Seite soll es für die Unternehmen einfacher werden, ihre Dienstleistungen im Inland wie auch im

EWR-Raum anzubieten. Andererseits soll sich der liberalisierte Dienstleistungsmarkt nicht negativ auf die Dienstleistungsempfänger auswirken, zu denen insbesondere auch die Konsumenten gehören. Daher soll durch dieses Gesetz eine hohe Qualität der Dienstleistungen gesichert werden.

Beide Gesichtspunkte sollen einen wettbewerbsfähigen Dienstleistungsmarkt fördern (Abs. 2).

Zu Art. 3 – Ausnahmen vom Geltungsbereich

Art. 3 nimmt entsprechend der Dienstleistungsrichtlinie einige Bereiche vom Geltungsbereich des Gesetzes aus. Die meisten der Bereiche sind spezialgesetzlich geregelt und finden ihre Grundlage im EWR-Recht. Diese Bestimmung setzt Art. 1 Abs. 4, 5, 6, 7, Art. 2 Abs. 2 und 3 sowie Art. 3 Abs. 2 der Dienstleistungsrichtlinie um und trägt ihrem Erwägungsgrund 17 Rechnung. Für die Auslegung der Ausnahmen ist die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs bzw. des EFTA-Gerichtshofs ausschlaggebend. Der Ausnahmenkatalog ist abschliessend.

Zu Bst. a: Nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind Dienstleistungen, die nicht für eine wirtschaftliche Gegenleistung erbracht werden, wie beispielsweise im Rahmen des staatlichen Bildungssystems erteilter Unterricht. Sie stellen keine Dienstleistung im Sinne der Art. 36 f. des EWR-Abkommens dar und sind deshalb ausgenommen.

Zu Bst. b: Alle Finanzdienstleistungen sind vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen, einschliesslich Bankdienstleistungen, Dienstleistungen im Zusammenhang mit Kreditgewährungen sowie Wertpapier- und Investmentfondsdienstleistungen, Versicherungen und Altersversorgungsdienstleistungen. Dazu zählen ebenfalls die in Anhang I zur Richtlinie 2006/48/EG über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute aufgeführten Dienstleistungen, wie beispielsweise Entgegennahme von Einlagen und anderen rückzahlbaren

Geldern, Ausleihungen, insbesondere Konsumentenkredite, Hypothekendarlehen, Factoring mit und ohne Rückgriff, Handelsfinanzierung (einschliesslich Forfaitierung), Finanzierungsleasing, Dienstleistungen zur Durchführung des Zahlungsverkehrs, Ausgabe und Verwaltung von Zahlungsmitteln (Kreditkarten, Reiseschecks und Bankschecks), Garantien und Zusagen, Handel für eigene Rechnung oder im Auftrag der Kundschaft (Geldmarktinstrumente, Geldwechselgeschäfte, Termin- und Optionsgeschäfte, Wechselkurs- und Zinssatzinstrumente, Wertpapiergeschäfte), Teilnahme an der Wertpapieremission und den diesbezüglichen Dienstleistungen, Beratung von Unternehmen über die Kapitalstruktur, die industrielle Strategie und in damit verbundenen Fragen sowie Beratung und Dienstleistungen auf dem Gebiet der Zusammenschlüsse und Übernahme von Unternehmen, Geldmaklergeschäfte im Interbankenmarkt, Portfolioverwaltung und -beratung, Wertpapieraufbewahrung und -verwaltung, Handelsauskünfte und Schliessfachverwaltungsdienste. Diese exemplarische Aufzählung kann insbesondere im Hinblick auf Finanzdienstleistungsregelungen des EWR oder Liechtensteins erweitert werden.

Zu Bst. c: Die Ausnahme betrifft Dienstleistungen und Netze der elektronischen Kommunikation sowie zugehörige Einrichtungen und Dienste. Derartige Dienstleistungen und Netzwerke umfassen beispielsweise Sprachtelefonie und E-Mail-Übertragungsdienste.

Zu Bst. d: Diese Ausnahme deckt den Strassen- und Schienenverkehr, einschliesslich insbesondere des Personennahverkehrs, Taxis und Krankenwagen, sowie den Luftverkehr ab. Dienstleistungen, die keine Verkehrsdienstleistungen als solche sind, wie z.B. Umzugsservices, Fahrzeugvermietung, Beerdigungsdienstleistungen oder Luftfotografiedienstleistungen sind von der Ausnahme nicht erfasst.

Zu Bst. e: Andere Leistungen als des Personalverleihs, die mitunter durch den gleichen Dienstleistungserbringer erbracht werden, wie beispielsweise Vermittlungs- oder Personalbeschaffungsleistungen, fallen nicht unter die Ausnahme.

Zu Bst. f: Die Ausnahme umfasst nur Gesundheits- und pharmazeutische Dienstleistungen, die von Angehörigen eines reglementierten Berufs im Gesundheitswesen erbracht werden. Dienstleistungen, die gegenüber Gesundheitsdienstleistungserbringern selbst oder gegenüber einem Krankenhaus erbracht werden, wie beispielsweise Buchhaltungsdienstleistungen, die Bereitstellung und Aufrechterhaltung von medizinischen Ausrüstungen, die Dienstleistungen von medizinischen Forschungszentren und dergleichen sind nicht von Bst. f erfasst. Darüber hinaus sind keine Tätigkeiten abgedeckt, die auf eine Verbesserung des Wohlbefindens oder auf Entspannung abzielen (z.B. Sport- oder Fitnessclubs).

Zu Bst. g: Diese Ausnahme beinhaltet Leistungen, deren Hauptzweck die Bereitstellung von bewegten Bildern mit oder ohne Ton ist. Sehr wohl unter den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen hingegen mit audiovisuellen Diensten oder Rundfunksendungen verbundene Dienstleistungen, wie beispielsweise Werbedienstleistungen oder der Verkauf von Getränken und Speisen innerhalb von Kinos.

Zu Bst. h: Glücksspielaktivitäten erfassen insbesondere Zahlenspiele, Rubbelkarten, Glücksspieldienstleistungen in Spielbanken, Wettdienstleistungen, Bingo-Spiel-Dienstleistungen sowie Glücksspieldienstleistungen, die durch und zugunsten von Wohltätigkeitsorganisationen und gemeinnützigen Organisationen betrieben werden. Im Gegensatz dazu werden Geschicklichkeitsspiele und Spielautomaten, die keine Preise ausschütten oder die Preise nur in Form von Freispielen vergeben, nicht durch die Ausnahme erfasst. Andere in Spielbanken erbrachte Dienstleistungen, wie beispielsweise der Verkauf von Getränken und Speisen sind ebenfalls nicht vom Anwendungsbereich ausgenommen.

Zu Bst. i: Diese Ausnahme erfasst nur bestimmte Tätigkeiten und nicht ganze Berufe und ist daher eng zu verstehen. Die Frage, ob diese Tätigkeiten direkt oder spezifisch mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind oder nicht, ist auf der Grundlage der allgemeinen vom Gerichtshof der Europäischen Union bzw. vom EFTA-Gerichtshof festgelegten Kriterien zu bewerten. Auch die Tatsache, dass eine Tätigkeit durch den Staat, eine staatliche Einrichtung oder eine Einrichtung, der öffentliche Aufgaben übertragen worden sind, erbracht wird, reicht für sich genommen nicht aus.

Zu Bst. k: Diese Ausnahme ist strikt am Wortlaut und daher eng auszulegen. Vom Staat als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen sind unter anderem Kirchen und kirchliche Organisationen, die wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken dienen. Private Unternehmen, die ohne einen entsprechenden Auftrag des Staates handeln, sind nicht von der Ausnahme erfasst (vgl. Erwägungsgrund 27 der Dienstleistungsrichtlinie). Auch die durch private Einrichtungen oder Personen erbrachte Kinderbetreuung ist nicht ausgenommen.

Zu Bst. l: Die Ausnahme umfasst das Bewachungsgewerbe im Sinne des Art. 27 der Gewerbeverordnung. Dienstleistungen, die keine „Sicherheitsdienstleistungen“ als solche sind, wie der Verkauf, die Lieferung, die Installation und Wartung von technischen Sicherheitsgeräten, sind nicht von Bst. k umfasst.

Zu Bst. m: Diese Ausnahme beinhaltet Tätigkeiten von Exekutoren insbesondere i.S.v. Art. 13 EO.

Abs. 2: Die Ausnahme des Steuerbereiches inkludiert das materielle Steuerrecht, also Steuern, Abgaben und Gebühren, sowie die zur Durchsetzung des Steuerrechts notwendigen Verwaltungsanforderungen.

Zu Art. 4 – Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften

Diese Bestimmung setzt Art. 3 Abs. 1 der Dienstleistungsrichtlinie um. Grundsätzlich hat das Dienstleistungsgesetz Vorrang vor anderen Rechtsvorschriften, die die Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistung regeln. Dies gilt jedoch nicht, wenn diese Rechtsvorschriften auf einem EWR-Rechtsakt beruhen. Zu diesen EWR-Rechtsakten gehören insbesondere die Aufenthaltsrichtlinie 2004/38/EG (EWR-Rechtssammlung: Anh. V - 1.01), die Berufsqualifikationsrichtlinie 2005/36/EG (EWR-Rechtssammlung: Anh. VII - 1.01), die Entsenderichtlinie 96/71/EG (EWR-Rechtssammlung: Anh. XVIII - 30.01), die Rechtsanwaltsniederlassungsrichtlinie 98/5/EG (EWR-Rechtssammlung: Anh. VII - 2a.01), die Rechtsanwaltsdienstleistungsrichtlinie 77/249/EWG (EWR-Rechtssammlung: Anh. VII - 2.01) und die Abschlussprüferrichtlinie 2006/43/EG (EWR-Rechtssammlung: Anh. XXII - 10f.01).

Zu Art. 5 – Begriffsbestimmungen

Zu Bst. a („Dienstleistung“): In Liechtenstein werden damit Tätigkeiten der meisten reglementierten Berufe erfasst (Berufe im Bereich des Gewerbes, Architekten und andere qualifizierte Berufe im Bereich des Bauwesens sowie rechtsberatende Berufe wie Rechtsanwalt, Treuhänder, Patentanwalt und Wirtschaftsprüfer).

Zu Bst. b („Dienstleistungserbringer“) und c („Dienstleistungsempfänger“): Diese Definitionen entsprechen Art. 4 Ziff. 2 und Ziff. 3 sowie dem Erwägungsgrund 38 der Dienstleistungsrichtlinie. Der Begriff der „juristischen Person“ umfasst sämtliche Einheiten, die nach dem Recht eines EWR-Staates errichtet wurden oder diesem Recht unterstehen. Im Gegensatz dazu werden Dienstleistungen, die durch natürliche Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EWR-Staates besitzen, oder Einheiten, die ausserhalb des EWR niedergelassen sind oder die

nicht gemäss den Rechtsvorschriften eines EWR-Staates gegründet wurden, nicht von der Dienstleistungsrichtlinie erfasst.

Zu Bst. d („Niederlassung“): Die Definition entspricht Art. 4 Ziff. 5 der Dienstleistungsrichtlinie.

Zu Bst. e („Niederlassungsstaat“): Die Definition entspricht Art. 4 Ziff. 4 der Dienstleistungsrichtlinie.

Zu Bst. f („reglementierter Beruf“): Die Definition entspricht Art. 4 Ziff. 11 der Dienstleistungsrichtlinie.

Zu Bst. g („Anforderung“): Diese Definition bezieht sich auf Anforderungen, die in Verwaltungsvorschriften festgelegt sind oder sich aus den Rechtsvorschriften, der Rechtsprechung, der Verwaltungspraxis, den Regeln der Berufsverbände, oder den kollektiven Regeln, die von den Berufsverbänden oder ähnlichen Einrichtungen in Ausübung ihrer Rechtsautonomie erlassen wurden, ergeben. Nicht als Anforderungen gelten Vorschriften, die nicht die Dienstleistungstätigkeit als solche regeln oder betreffen, sondern von Dienstleistungserbringern im Zuge der Ausübung ihrer Wirtschaftstätigkeit genauso beachtet werden müssen wie von Privatpersonen (beispielsweise Strassenverkehrsvorschriften, Vorschriften bezüglich der Raumordnung, Baunormen sowie verwaltungsrechtliche Sanktionen, die wegen der Nichteinhaltung solcher Vorschriften verhängt werden). Erwägungsgrund 10 der Dienstleistungsrichtlinie stellt klar, dass Anforderungen, die eine Bedingung für den Zugang zu öffentlichen Mitteln sind, keine Anforderungen im Sinne der Dienstleistungsrichtlinie darstellen.

Zu Bst. h („Genehmigung“): Dieser Begriff ist im Zusammenhang mit dem Begriff der „Genehmigungsregelung“ nach Art. 4 Ziff. 6 der Dienstleistungsrichtlinie zu sehen und umfasst jedes Verfahren, das einen Dienstleistungserbringer oder -empfänger verpflichtet, bei einer zuständigen Behörde eine förmliche oder still-

schweigende („konkludente“) Entscheidung über die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit zu erwirken. Erfasst sind nicht nur Regelungen, die eine behördliche Genehmigung vorschreiben, sondern alle Vorschriften, die die rechtmässige Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit an ein Tun oder Unterlassen der zuständigen Behörde knüpfen.

Zu Bst. i („zwingende Gründe des Allgemeininteresses“): Dieser Begriff ist nach dem EWR-Recht anhand der einschlägigen Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union und des EFTA-Gerichtshofes zu beurteilen. Insbesondere kommen in Betracht die öffentliche Ordnung, öffentliche Sicherheit, Sicherheit der Bevölkerung, öffentliche Gesundheit, Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts der Systeme der sozialen Sicherung, der Schutz der Konsumenten, der Dienstleistungsempfänger und der Arbeitnehmer, die Lauterkeit des Handelsverkehrs, die Betrugsbekämpfung, der Schutz der Umwelt, der Tierschutz, geistiges Eigentum, Erhaltung des historischen und künstlerischen Erbes sowie Ziele der Sozialpolitik und der Kulturpolitik.

Zu Bst. k („kommerzielle Kommunikation“): Die Definition entspricht Art. 4 Ziff. 12 der Dienstleistungsrichtlinie. Nicht erfasst sind etwa Presseartikel über ein Unternehmen.

Zu Bst. l („zuständige Behörde“): Unter diesen Begriff fallen alle Behörden oder Stellen, die räumlich und sachlich zuständig sind, in einem Verwaltungsverfahren materiell zu entscheiden bzw. Aufgaben der Kontrolle und Überwachung wahrzunehmen haben.

Zu Bst. m („ersuchende Behörde“): Der Begriff der ersuchenden Behörde beschränkt sich auf zuständige Behörden, die ein Ersuchen um Verwaltungszusammenarbeit stellen. Damit wird vermieden, dass jedes Ersuchen aus einem anderen EWR-Staat beantwortet werden muss. Bevor die ersuchte Behörde die Ver-

waltungszusammenarbeit aufnimmt, hat sie das Ersuchen einer Grobprüfung zu unterziehen und zu ermitteln, ob die Zuständigkeit der ersuchenden Behörde zumindest denkmöglich und nachvollziehbar ist.

Zu Bst. n („Einheitlicher Ansprechpartner“): Vgl. die Erläuterungen zu Art. 7 des Gesetzes.

Zu Bst. o („andere Rechtsvorschriften“): Der Begriff der Rechtsvorschrift ist weit aufzufassen und kann unter Umständen auch kollektive Regeln der Berufsverbände umfassen.

Zu Art. 6 – Anerkennung von Nachweisen

Die Behörde hat einen Nachweis nach Abs. 1 im Hinblick auf seine Gleichwertigkeit im Einzelfall zu überprüfen. Die Behörde hat sich bei ihrer Beurteilung insbesondere der Mittel der grenzüberschreitenden Amtshilfe nach den Art. 15 ff. zu bedienen, wenn sie an der Gleichwertigkeit zweifelt. Entscheidend ist, dass der Nachweis materiell einem entsprechenden liechtensteinischen Nachweis gleicht. Abs. 1 Bst. a bezieht sich auch auf den Nachweis einer erforderlichen Haftpflichtversicherung oder Sicherheiten, wenn sie im Wesentlichen vergleichbar sind. Wenn nur eine teilweise Vergleichbarkeit gegeben ist, kann eine zusätzliche Versicherung oder eine Aufstockung verlangt werden. Nachweise von Banken und Versicherungen anderer Vertragsstaaten müssen dann anerkannt werden, wenn sie eine gleichwertige Sicherheit bieten.

Bei Formularen nach Abs. 1 Bst. b hat keine Nachprüfung zu erfolgen, es sei denn, es besteht Zweifel an der Echtheit des Formulars.

Zu Abs. 2: Gemäss Art. 5 Abs. 3 der Dienstleistungsrichtlinie dürfen die Vertragsstaaten nicht verlangen, dass Dokumente eines anderen Vertragsstaates im Original, in beglaubigter Kopie oder in beglaubigter Übersetzung vorgelegt werden, ausser dies ist in anderen EU-Rechtsakten vorgesehen oder es bestehen andere

zwingende Gründe. Weiterhin verlangt werden darf etwa die Vorlage eines Diploms über die Berufsqualifikation im Original oder in beglaubigter Kopie. Nicht zulässig ist, etwa die beglaubigte Kopie eines Passes oder Personalausweises zu verlangen. Zweifelt die Behörde an der Echtheit, kann sie diese im Rahmen der Amtshilfe nach den Art. 15 ff. mit der zuständigen Behörde des betreffenden Vertragsstaates verifizieren.

Abs. 3 hat lediglich klarstellenden Charakter. Eine Behörde kann immer eine nichtbeglaubigte Übersetzung eines Dokumentes verlangen, das nicht in deutscher Sprache abgefasst ist. Sie ist hierzu jedoch nicht verpflichtet.

Abs. 4 sieht eine Ausnahme für die in Art. 5 Abs. 4 der Dienstleistungsrichtlinie genannten Nachweise vor.

Zu Art. 7 – Einheitlicher Ansprechpartner

Art. 7 regelt die Errichtung eines so genannten einheitlichen Ansprechpartners. Dieser hat die Aufgabe, die für die Dienstleistungserbringung relevanten Informationen zur Verfügung zu stellen (Art. 8) sowie die Verfahren und Formalitäten für Dienstleistungserbringer zu erleichtern. In diesem Sinne fungiert der einheitliche Ansprechpartner als Verfahrensnavigator. Er soll die Dienstleistungserbringer auf einfache Weise durch das Genehmigungs- und Meldeverfahren lotsen. Das Dienstleistungsgesetz stellt jedoch ausdrücklich klar, dass der einheitliche Ansprechpartner die Zuständigkeiten und Befugnisse der zuständigen Behörden unberührt lässt. Die Dienstleistungserbringer können daher weiterhin Anträge und Anzeigen direkt und persönlich bei den zuständigen Behörden einbringen. Der einheitliche Ansprechpartner muss auf jeden Fall elektronisch erreichbar sein (Art. 8 der Dienstleistungsrichtlinie). Die konkrete Ausgestaltung des einheitlichen Ansprechpartners ist den Mitgliedstaaten überlassen. Die Verpflichtung zur Schaffung eines einheitlichen Ansprechpartners steht im Einklang mit der Zielsetzung des Amts für Volkswirtschaft, einen „One Stop Shop“ für Unternehmen

einzurichten. Der einheitliche Ansprechpartner soll daher basierend auf dieser Initiative beim Amt für Volkswirtschaft aufgebaut werden. Die Regierung kann das Nähere mit Verordnung regeln.

Zu Art. 8 – Recht auf Information

Art. 8 sieht vor, dass Dienstleistungserbringern und -empfängern über den einheitlichen Ansprechpartner bestimmte Informationen zugänglich gemacht werden. Die zuständigen Behörden und die in Abs. 1 Bst. e genannten Organisationen haben dem einheitlichen Ansprechpartner die zur Erfüllung seiner Aufgabe erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen (Abs. 2).

Abs. 1 Bst. a umfasst sowohl die für den niedergelassenen als auch grenzüberschreitend tätigen Dienstleistungserbringer geltenden Anforderungen für die Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistung.

Abs. 1 Bst. b umfasst die Kontaktdaten der zuständigen Behörden, einschliesslich der für die Überwachung der Ausübung der Dienstleistungen zuständigen Behörden.

Abs. 1 Bst. c Ziff. 1 bezieht sich vorrangig auf Rechtsmittel und Rechtsbehelfe nach dem Landesverwaltungsverfahrensgesetz, aber auch auf solche, die in den Spezialgesetzen geregelt sind. Ziff. 2 umfasst vor allem auch Schiedsstellen, Schlichter und Ombudsleute.

Abs. 1 Bst. d soll eine möglichst umfassende Information über die Voraussetzungen und den Zugang zu öffentlichen Registern und Datenbanken garantieren. Hierzu gehören beispielsweise das Öffentlichkeitsregister, das Gewerberegister sowie die öffentlich zugänglichen Listen der eingetragenen Finanzintermediäre (Rechtsanwälte, Patentanwälte, Wirtschaftsprüfer und Treuhänder).

Stellen gemäss Abs. 1 Bst. e sind beispielsweise das KMU Zentrum, die Konsumentenschutzstelle oder die beruflichen Vertretungen.

Abs. 1 Bst. f beschränkt sich auf Basisinformationen und soll es vor allem inländischen Dienstleistungserbringern wie auch -empfängern erleichtern, sich über die Rechtslage in anderen Vertragsstaaten zu informieren.

Abs. 1 Bst. g kommt nur zur Anwendung, wenn entsprechende Verhaltenskodizes bestehen.

Abs. 3 verlangt von den Behörden auf Anfrage konkrete Informationen in Hinblick auf die gewöhnliche Auslegung und Anwendung zu erteilen. Sie hat dabei keine Rechtsberatung durchzuführen.

Zu Art. 9 – Informationserbringung

Art. 9 dient der Umsetzung der Art. 7 Abs. 3 und 4; (21 Abs. 1 UnterAbs. 2 der Dienstleistungsrichtlinie). Dienstleistungserbringer sollen möglichst unabhängig von ihrem Standort Zugang zu den Informationen nach Art. 8 haben. Sie müssen aus der Ferne sowie durch elektronische Mittel wie z.B. im Internet oder per E-mail leicht zugänglich sein oder leicht zugänglich gemacht werden. Sofern angebracht, sollen die Informationen in der Form eines einfachen Schritt-für-Schritt Leitfadens erteilt werden.

Zu Art. 10 – Verfahren zur Erteilung einer Genehmigung

Diese Bestimmung setzt das in Art. 13 der Dienstleistungsrichtlinie vorgesehene Genehmigungsverfahren um. Die inhaltlichen Anforderungen an das Genehmigungsverfahren sind in den Spezialgesetzen zu regeln.

Art. 10 stellt für die Genehmigungsverfahren im Anwendungsbereich des Gesetzes die Grundregel auf, dass die Behörde innerhalb von sechs Wochen über Anträge per Verfügung zu entscheiden haben. Der Zeitraum von sechs Wochen

wurde in Hinblick auf eine möglichst hohe Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein mit einer niedrigen Bürokratieschwelle gewählt und erscheint auch angesichts der schon jetzt kurzen Verfahrensdauern als angemessen. Mit dem kurzen Zeitraum kann Liechtenstein als führend in Europa betrachtet werden. Die sechswöchige Frist kann durch die Behörde einmalig angemessen verlängert werden. Eine solche Verlängerung ist fundiert zu begründen und vor Ablauf der sechs Wochen allen Parteien des Verfahrens mitzuteilen. Eine weitere Fristverlängerung ist nicht möglich. Die Frist beginnt gemäss Abs. 2 erst mit dem Einlangen eines vollständigen Antrags zu laufen. Hierauf ist der Antragsteller explizit hinzuweisen. Ihm ist auch darzulegen, dass und wie ein etwaiger Mangel des Antrags behoben werden kann. Dies entspricht dem Art. 13 Abs. 6 der Dienstleistungsrichtlinie.

Abs. 3 enthält eine Genehmigungsfiktion, wenn die Behörde nicht innerhalb der sechswöchigen Frist aus Abs. 1 entschieden hat. Die Genehmigung tritt dann *ex lege* ein und hat die Rechtswirkung einer Verfügung. Daher ist beispielsweise auch das für eine Verfügung anwendbare Rechtsmittelverfahren einschlägig (vgl. auch Abs. 6). Allerdings beginnen die Rechtsmittelfristen erst mit dem Zeitpunkt der Zustellung einer Bestätigung im Sinne des Abs. 4 zu laufen.

Die Behörde hat nach Eintritt der Genehmigungsfiktion dem Antragsteller so schnell wie möglich die *ex lege* eingetretene Genehmigung zu bestätigen (Abs. 4), wobei die Bestätigung rein deklaratorischen Charakter besitzt. Die Genehmigung tritt – wie oben dargelegt – mit der Wirkung einer Verfügung bereits durch die Fiktion ein. Kommt eine Behörde ihrer Pflicht eine solche Bestätigung auszustellen nicht nach, kann jede Partei des Verfahrens ihre Ausstellung verlangen.

Abs. 5 ermöglicht eine Abweichung von Abs. 1 (Verfahrensfrist) und Abs. 3 (Genehmigungsfiktion). Eine abweichende Frist kann beispielsweise durch die Komplexität eines Verfahrens angebracht sein. Soll in einem Spezialgesetz die Ge-

nehmigungsfiktion für nicht anwendbar erklärt werden, ist es erforderlich, dass zwingende Gründe des Allgemeininteresses (siehe Art. 5 Bst. i) eine solche Abweichung rechtfertigt (z.B. zum Schutz berechtigter Interessen Dritter).

Zu Art. 11 – Empfangsbestätigung

Diese Bestimmung setzt Art. 13 Abs. 5 der Dienstleistungsrichtlinie um. Wird ein Antrag auf Genehmigung eingebracht, ist von der zuständigen Behörde unverzüglich eine Empfangsbestätigung auszustellen, die insbesondere Angaben zur Entscheidungsfrist, den Rechtsmitteln oder Rechtsbehelfen und zur Genehmigungsfiktion (Art. 10 Abs. 3) enthält.

Zu Art. 12 – Gleichwertigkeit von Anforderungen

Gemäss Art. 10 Abs. 3 erster Satz der Dienstleistungsrichtlinie dürfen die Voraussetzungen für die Erteilung einer Genehmigung für eine neue Niederlassung nicht zu einer doppelten Anwendung von gleichwertigen oder aufgrund ihrer Zielsetzung im Wesentlichen vergleichbaren Anforderungen und Kontrollen führen, denen der Dienstleistungserbringer bereits in einem anderen oder im selben Vertragsstaat unterworfen ist.

Art. 12 ist dementsprechend nur in Situationen anwendbar, in denen ein Dienstleistungserbringer, der in einem anderen Vertragsstaat niedergelassen ist, sich im Inland niederlassen möchte oder eine Zweigniederlassung errichten möchte. Erbringt er den Nachweis darüber, dass er eine entsprechende Anforderung oder Kontrolle bereits in einem anderen Vertragsstaat erbracht hat, darf diese im Inland nicht erneut verlangt werden. Er kann hierzu beispielsweise eine Bescheinigung über eine Kontrolle in anderen Vertragsstaaten vorlegen oder auch nachweisen, dass für die Erteilung der Genehmigung im anderen Vertragsstaat dieselben Voraussetzungen gelten. In diesem Fall hat er lediglich nachzuweisen, dass er eine entsprechende Genehmigung inne hat. Die zuständige Behörde kann sich insbesondere der Instrumente der grenzüberschreitenden Amtshilfe i.S.d.

Art. 15 ff. bedienen. Eigene Kontrollen oder einzelne Nachweise darf sie nur verlangen, wenn dem Dienstleistungserbringer der Nachweis der Gleichwertigkeit nicht gelingt.

Zu Art. 13 – Geltungsdauer der Genehmigung

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Art. 11 und 12 der Dienstleistungsrichtlinie. Dementsprechend werden Genehmigungen für die Dienstleistungserbringung grundsätzlich unbefristet erteilt.

Hiervon kann nach Abs. 1 Bst. a abgewichen werden, wenn sich die Genehmigung automatisch verlängert, vorausgesetzt der Dienstleistungserbringer erfüllt bestimmte Anforderungen.

Bst. b sieht eine Ausnahme vor, wenn zwingende Gründe des Allgemeininteresses (vgl. Art. 5 Bst. i) die Anzahl der verfügbaren Genehmigungen beschränken, beispielsweise um die Versorgungssicherheit oder –qualität zu gewährleisten.

Bst. c ermöglicht eine zeitliche Beschränkung aufgrund zwingender Gründe des Allgemeininteresses, was etwa bei besonders gefährlichen Dienstleistungen der Fall sein kann.

Abs. 2 stellt klar, dass die zuständige Behörde jederzeit eine angemessene Frist setzen kann, innert derer ein Dienstleistungserbringer seine Tätigkeit aufgenommen haben muss. Hierdurch kann die Behörde sicherstellen, dass die Dienstleistung, für die eine Genehmigung erteilt wurde, auch tatsächlich erbracht wird.

Nach Abs. 3 ist es auch möglich Genehmigungen aufgrund der faktischen Gegebenheiten – der vorhandenen technischen Möglichkeiten sowie der Knappheit der Ressourcen – in ihrer Anzahl zu beschränken. Ändern sich die technischen Möglichkeiten im Laufe der Zeit, kann auch die Anzahl der Genehmigungen zu erhöhen sein. Wird die Anzahl beschränkt, muss sichergestellt sein, dass ein

neutrales Vergabeverfahren stattfindet und dass die Genehmigungen in diesem Fall ausschliesslich angemessen befristet vergeben werden. Eine automatische Verlängerung kann nicht erfolgen. Bei einer neuerlichen Vergabe dürfen der Inhaber der Genehmigung sowie dessen Umfeld in keiner Weise bevorzugt werden.

Zu Art. 14 – Meldepflicht des Dienstleistungserbringers

Art. 14 soll sicherstellen, dass der Dienstleistungserbringer eine Meldung an die zuständigen Behörden macht, wenn sich die Voraussetzungen ändern. Hierdurch soll der Behörde die Kontrolle des Dienstleistungserbringers erleichtert und die Sicherheit und Qualität der Dienstleistung sichergestellt werden.

Die Frist von zwei Wochen in Abs. 2 ist an die Frist für die Meldepflicht nach Art. 17 Gewerbegesetz angelehnt und soll gewährleisten, dass die zuständige Behörde rechtzeitig von Änderungen erfährt.

Über Art. 14 hinausgehende Meldepflichten sowie abweichende Fristen wie beispielsweise in Art. 19 des Tierärztegesetzes bleiben unberührt.

Zu Art. 15 – Verwaltungszusammenarbeit: Grundsätze

Diese Bestimmung regelt die reguläre Amtshilfe bzw. Verwaltungszusammenarbeit und dient der Umsetzung von Art. 29 Abs. 1 und 2 sowie Art. 30 f der Dienstleistungsrichtlinie, sowohl hinsichtlich von im Inland niedergelassenen Dienstleistungserbringern als auch solchen, die in einem anderen Vertragsstaat niedergelassen sind und in Liechtenstein vorübergehend Dienstleistungen erbringen.

Die Verpflichtung zur Verwaltungszusammenarbeit trifft in erster Linie die zuständigen Behörden. Der Verbindungsstelle nach Art. 18 kommt eine unterstützende Funktion zu.

Abs. 1 verpflichtet die zuständigen Behörden zur Verwaltungszusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der anderen EWR-Staaten in drei Fällen: reguläre Verwaltungszusammenarbeit nach Art. 15, Ausnahmen im Einzelfall nach Art. 16 und Vorwarnungsmechanismus nach Art. 17.

Die zuständigen Behörden haben hierzu ihre Kontroll- bzw. Er- und Übermittlungsbefugnisse auch im Rahmen der Amtshilfe auszuüben. Die zuständigen Behörden müssen ihre Befugnisse dementsprechend auch dann wahrnehmen, wenn die Dienstleistung in einem anderen EWR-Staat erbracht wird oder dort Schaden verursacht hat. Soweit es erforderlich ist, ein Verhalten eines im Inland niedergelassenen Dienstleistungserbringers auch dann zu ahnden, wenn das schädigende Verhalten in einem anderen EWR-Staat gesetzt wird, wären daher entsprechende Sanktionen (beispielsweise der Entzug der Berufsberechtigung, allenfalls Verwaltungsstrafen) zu ergreifen. Die Behörden sind dabei nicht nur verpflichtet, Informationen zu übermitteln, über die sie bereits verfügen, sondern müssen im Rahmen der ihnen rechtlich zustehenden Möglichkeiten auch Ermittlungen und Kontrollen vornehmen, die notwendig sind, um die angefragte Auskunft erteilen zu können.

Nach Abs. 2 dürfen die von der Behörde eines anderen EWR-Staates angeforderten Informationen schon aus datenschutzrechtlichen Gründen nur übermittelt werden, sofern diese ihre Zuständigkeit und die Erforderlichkeit hinsichtlich Inhalt und Umfang der Informationen glaubhaft gemacht hat. Dabei ist insbesondere auf die Begründung des Ersuchens abzustellen.

Da im Zuge der Verwaltungszusammenarbeit auch sensible Daten ausgetauscht werden, ist auf die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes besonders Bedacht zu nehmen. Daten dürfen daher ausschliesslich in der vom Gesetz vorgegebenen Weise und in dem dort festgelegten Umfang ausgetauscht werden. Dies gilt insbesondere auch für Abs. 3. Demgemäss dürfen Informationen über Disziplinar-

massnahmen, Verwaltungsstrafen oder strafrechtliche Sanktionen nur dann mitgeteilt werden, wenn es sich um eine rechtskräftige Entscheidung handelt und diese ausserdem in direktem Zusammenhang mit der Qualifikation oder der beruflichen Zuverlässigkeit des Dienstleistungserbringers steht.

Nach Abs. 4 ist grundsätzlich das von der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellte Binnenmarktinformationssystem (IMI) für den Austausch mit anderen Behörden zu verwenden (Art. 34 Abs. 1 der Dienstleistungsrichtlinie).

Zu Art. 16 – Verwaltungszusammenarbeit bei Ausnahmen im Einzelfall

Diese Bestimmung dient der Umsetzung des Art. 35 der Dienstleistungsrichtlinie. Dieser regelt das Verfahren, das anzuwenden ist, wenn ein Vertragsstaat im Einzelfall aus Gründen der Sicherheit Massnahmen gegen einen Dienstleistungserbringer ergreifen möchte.

Abs. 1 betrifft den Fall, dass die grenzüberschreitende Dienstleistung von einem in einem anderen Vertragsstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringer in Liechtenstein erbracht wird. Mit Ausnahme von Abs. 5 darf eine zuständige Behörde nur Massnahmen gegen diesen Dienstleistungserbringer ergreifen, wenn sie das Verfahren in Abs. 2 bis 4 einhält und unter strikter Einhaltung der Verhältnismässigkeit handelt.

Dementsprechend hat die zuständige Behörde zunächst den Niederlassungsstaat zu informieren und diesen um die Ergreifung von Massnahmen zu ersuchen. Hierbei ist sie berechtigt, die erforderlichen Informationen an die ausländische Behörde zu übermitteln.

Hält sie gemäss Abs. 3 nach Beantwortung des Ersuchens nach Abs. 2 die Ergreifung von Massnahmen immer noch für erforderlich, so hat sie dies dem betreffenden Niederlassungsstaat bzw. dessen zuständiger Behörde sowie der EFTA-Überwachungsbehörde unter Angabe der in Abs. 3 Bst. a und b genannten Grün-

de mitzuteilen. Derartige Massnahmen können gemäss Abs. 4 frühestens fünfzehn Arbeitstage nach Absendung der Mitteilung gemäss Abs. 3 getroffen werden.

Gemäss Abs. 5 können in dringenden Fällen Massnahmen abweichend von dem in Abs. 2 bis 4 genannten Verfahren ergriffen werden.

Abs. 6 stellt klar, dass gerichtliche Verfahren sowie strafrechtliche Ermittlungsverfahren von der Anwendung des Art. 16 unberührt bleiben. Dementsprechend können diese Verfahren unbeschadet des Abs. 1 sowie des Verfahrens in Abs. 2 bis 4 durchgeführt werden und die Behörden der anderen Vertragsstaaten müssen – vorbehaltlich des Art. 17 – darüber nicht informiert werden.

Bei der Kommunikation zwischen den Behörden ist vorrangig das Binnenmarktinformationssystem (IMI) zu benutzen.

Art. 17 – Vorwarnmechanismus

Diese Bestimmung dient der Umsetzung von Art. 29 Abs. 3 und Art. 32 Abs. 1 der Dienstleistungsrichtlinie.

Zweck des Art. 17 ist die Ermöglichung des Austausches von Informationen betreffend Dienstleistungserbringer, von denen eine ernste Gefahr für die Gesundheit oder die Sicherheit von Personen oder für die Umwelt ausgehen könnte. Jede Behörde eines EWR-Staates, die davon Kenntnis erlangt, dass von einem Verhalten eines Dienstleistungserbringers eine solche Gefahr ausgehen könnte, ist verpflichtet, die betroffenen EWR-Staaten und die EFTA-Überwachungsbehörde zu informieren. Die Behörde hat vor Absenden einer Vorwarnung deren Erforderlichkeit zur Abwehr einer der in Abs. 1 genannten Gefahren zu überprüfen.

Eine Vorwarnung muss ohne Zeitverlust und daher ohne vorherige Durchführung eines durch Verfügung zu erledigenden Verfahrens erfolgen können. Da dem Rechtsschutzbedürfnis des betroffenen Dienstleistungserbringers aber dennoch in geeigneter Weise Rechnung getragen werden muss, ist die Behörde nach Abs. 2 verpflichtet, den Dienstleistungserbringer, über den sie eine Meldung veranlasst hat, zu informieren. Dabei hat sie insbesondere auch auf die Möglichkeit zur Beschwerde hinzuweisen. Es wird ihm ex post die Möglichkeit der Überprüfung in einem durch Verfügung zu erledigenden Verfahren eingeräumt. Wird festgestellt, dass die Vorwarnung in rechtswidriger Weise erfolgt ist, ist diese von der Behörde richtig zu stellen oder zurückzuziehen. Fragen einer etwaigen Amtshaftung richten sich nach den allgemeinen Regeln des Amtshaftungsgesetzes. Die warnende Behörde hat vorrangig das Binnenmarktinformationssystem (IMI) zu benutzen.

Zu Art. 18 – Verbindungsstelle

Gemäss Abs. 1 richtet die Regierung zur Unterstützung der grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit eine Verbindungsstelle ein. Die Notwendigkeit dieser Stelle ergibt sich aus Art. 28 Abs. 2 der Dienstleistungsrichtlinie. Diese hat für einen möglichst reibungslosen Ablauf der grenzüberschreitenden Kommunikation und Interaktion der Behörden zu sorgen. Treten dementsprechend im Zuge der Verwaltungszusammenarbeit Schwierigkeiten auf, können die Behörden die Verbindungsstelle um Unterstützung ersuchen. Die Verbindungsstelle wird bei der Stabsstelle EWR eingerichtet.

Gemäss Abs. 2 kann die Regierung das Nähere mit Verordnung regeln.

Zu Art. 19 – Pflichten des Dienstleistungserbringers: Grundsätze

Abs. 1 stellt klar, dass die Pflichten aus Art. 20 ff. jeden Dienstleistungserbringer treffen, der im Inland seine Dienstleistungen anbietet. Dementsprechend sind auch Dienstleistungserbringer erfasst, die in einem Drittstaat ihre Niederlassung

haben, beispielsweise in der Schweiz. Damit wird sichergestellt, dass Landesbürger und Unternehmen in Liechtenstein keinen Nachteil haben, wenn sie Dienstleistungsempfänger von schweizerischen Unternehmen sind.

Gemäss Abs. 2 müssen die erteilten Informationen klar, verständlich und eindeutig sein. Dabei ist darauf zu achten, wer als Dienstleistungsempfänger in Betracht kommt. So können die Anforderungen an die Verständlichkeit im Hinblick auf Konsumenten andere sein, als wenn die Dienstleistungen für Unternehmen derselben Branche erbracht werden. In jedem Fall müssen die Informationen rechtzeitig vor Abschluss des Vertrages zur Verfügung gestellt werden. Dem Dienstleistungsempfänger muss dementsprechend die Zeit verbleiben, die Informationen angemessen in Hinblick auf die vertragliche Verpflichtung abzuwägen.

Abs. 3 stellt klar, dass die in Art. 20 ff. festgelegten Pflichten lediglich als Mindestvorschriften zu verstehen sind und andere Vorschriften etwa nach dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, dem E-Commerce-Gesetz oder dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch unberührt lassen.

Zu Art. 20 – Informationen über den Dienstleistungserbringer

Art. 20 normiert die Informationspflichten des Dienstleistungserbringers gegenüber dem Dienstleistungsempfänger und dient der Umsetzung des Art. 22 der Dienstleistungsrichtlinie. Zweck der Bestimmung ist es, dem Dienstleistungsempfänger bereits vor Vertragsabschluss oder vor Erbringung der Dienstleistung die Möglichkeit zu bieten, sich umfassend zu informieren und so eine fundiert abgewogene Entscheidung zu treffen, ob er eine entsprechende vertragliche Beziehung eingehen möchte. Art. 20 stellt dabei lediglich die Minimalanforderungen für die Informationserbringung dar. Hinsichtlich der Art des Zurverfügungstellens kann der Dienstleistungserbringer zwischen den in Art. 21 genannten Möglichkeiten auswählen.

Ein Postschliessfach ist keine geografische Anschrift im Sinne des Bst. a.

Bst. b umfasst beispielsweise eine E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Hotline oder andere Kontaktmöglichkeiten.

Ausländische Dienstleistungserbringer haben gemäss Bst. c neben der Registernummer auch das Registergericht oder eine andere Bezeichnung des Registers, in dem sie eingetragen sind, anzugeben.

Zur Erfüllung von Bst. d genügt der Name und – sofern dieser nicht eindeutig ist – auch der Ort der Behörde.

Bst. e richtet sich vorrangig an ausländische Dienstleistungserbringer.

Zur Erfüllung von Bst. e genügen ebenfalls die Minimalinformationen, aus denen die erforderlichen Angaben eindeutig hervorgehen.

Unter Bst. g sind neben materiellen Bestimmungen unter anderem auch Vertragsklauseln über das auf den Vertrag anwendbare Recht und den Gerichtsstand zu fassen.

Bst. h richtet sich lediglich an Dienstleistungserbringer, die eine solche Garantie von sich aus gewähren. Eine Pflicht zur Stellung einer entsprechenden Garantie ergibt sich daraus nicht.

Bst. i verpflichtet den Dienstleistungserbringer zur Information über den im Vorhinein allgemein festgelegten Preis. Besteht kein im Vorhinein festgelegter Preis, so hat der Dienstleistungserbringer nach Art. 22 zu informieren.

Bst. k dient der Rechtssicherheit und soll gewährleisten, dass die Vertragsparteien dieselben Vorstellungen über den Inhalt des Vertrags haben.

Bst. l verpflichtet den Dienstleistungserbringer, Angaben über allenfalls vorhandene Versicherungen oder Sicherheiten zu machen, insbesondere in Bezug auf Versicherungen und Sicherheiten i.S.d. Art. 23 Abs. 1 der Dienstleistungsrichtlinie. Die Verpflichtung eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschliessen oder sonstige Sicherheiten zu stellen, richtet sich nach den Spezialgesetzen.

Zu Art. 21 – Informationserbringung

Dem Dienstleistungserbringer wird durch Art. 21 ein hohes Mass an Flexibilität in Hinblick auf die Art der Informationserbringung gewährt, während gleichzeitig sichergestellt ist, dass das Zurverfügungstellen von Informationen nach Art. 20 auf eine für den Dienstleistungsempfänger leicht zugängliche Weise erfolgt. Entscheidend ist, dass sie durch den Dienstleistungserbringer aktiv erbracht werden. Unzulässig wäre es beispielsweise, den Dienstleistungsempfänger lediglich auf einen Tonbanddienst zu verweisen. In der Regel sollen die Informationen schriftlich zur Verfügung gestellt werden.

Bst. d verpflichtet die Dienstleistungserbringer nicht, entsprechende Informationsunterlagen zu schaffen. Sofern solche aber vorhanden sind, sind die entsprechenden Informationen darin anzuführen.

Zu Art. 22 – Informationen auf Anfrage

Informationen gemäss Art. 22 sind nur auf Anfrage des Dienstleistungsempfängers zur Verfügung zu stellen. In der Regel soll diese Informationserbringung ebenfalls schriftlich erfolgen, kann jedoch auch – je nach Situation – mündlich geschehen. Der Informationspflicht ist durch das ledigliche Bereithalten von Informationen nicht Genüge getan.

Bst. c verpflichtet den Dienstleistungserbringer nicht, Informationen zu Subunternehmen, derer er sich im Rahmen der Dienstleistungserbringung bedient, zu erteilen.

Zu Art. 23 – Gleichbehandlungsgebot

Diese Bestimmung dient der Umsetzung des Art. 20 Abs. 2 der Dienstleistungsrichtlinie. Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung im Binnenmarkt beinhaltet, dass einem Dienstleistungsempfänger der Zugriff auf allgemein angebotene Dienstleistungen nicht aufgrund eines Kriteriums verwehrt oder erschwert werden darf, das an seine Staatsangehörigkeit oder seinen Wohnsitz anknüpft. Dies gilt insbesondere für vorformulierte Geschäftsbedingungen, die kommerzielle Kommunikation sowie die Geschäftspraktiken des Dienstleistungserbringers. Die Bestimmung beabsichtigt aber nicht, Unterschiede in der Behandlung auf der Grundlage objektiver wirtschaftlicher Erwägungen zu verhindern. Eine rechtswidrige Diskriminierung liegt daher nicht vor, wenn etwa in allgemeinen Geschäftsbedingungen für eine Dienstleistung unterschiedliche Preise oder Bedingungen festgelegt werden, die durch objektive Gründe gerechtfertigt sind, die von Land zu Land unterschiedlich sein können, wie beispielsweise entfernungsabhängige Zusatzkosten, technische Merkmale der Erbringung der Dienstleistung, unterschiedliche Marktbedingungen wie saisonbedingte stärkere oder geringere Nachfrage, unterschiedliche Ferienzeiten in den EWR-Staaten, unterschiedliche Preisgestaltung der Wettbewerber oder zusätzliche Risiken, die damit verbunden sind, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen von denen des Niederlassungsstaates unterscheiden. Ebenso stellt es keine unzulässige Diskriminierung dar, wenn der Dienstleistungserbringer aus objektiven Überlegungen (insbesondere betreffend die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen EWR-Staaten) die Erbringung der Dienstleistung auf einen oder mehrere EWR-Staaten einschränkt.

Zu Art. 24 – Übertretungen

Nach den Art. 20, 22 und 27 der Dienstleistungsrichtlinie ist sicherzustellen, dass die Dienstleistungserbringer die dort aufgeführten Informationen erbringen und die Dienstleistungsempfänger im Hinblick auf deren Staatsangehörigkeit oder

Wohnsitz nicht diskriminieren. Diese Anforderungen wurden in den Art. 19 bis 23 umgesetzt, würden jedoch nur wenig Effektivität erlangen, wenn sie nicht auch sanktionierbar wären. Aus diesem Grund enthält Art. 24 Strafbestimmungen, wenn ein Dienstleistungserbringer den entsprechenden Pflichten nicht nachkommt. Art. 24 lehnt sich an Art. 26 des E-Commerce-Gesetzes an, der im Wesentlichen vergleichbare Übertretungen sanktioniert.

Die Nichteinhaltung der in den Art. 20, 22 und 23 der Vorlage vorgesehenen Informations- und Gleichbehandlungspflichten durch einen Dienstleistungserbringer soll eine Verwaltungsübertretung darstellen (Abs. 1 Bst. a bis c). Zu den einzelnen Tatbeständen und den ihnen zugrunde liegenden Verpflichtungen sei auf die jeweiligen Erläuterungen zu den Bestimmungen verwiesen.

Gemäss Art. 24 Abs. 2 der Vorlage liegt eine Verwaltungsübertretung nach Abs. 1 nicht vor, wenn die Tat den Tatbestand einer gerichtlich strafbaren Handlung bildet oder nach anderen Verwaltungsbestimmungen mit strengerer Strafe bedroht ist.

Zu Art. 25 – Tätige Reue

Mit der tätigen Reue soll einem Dienstleistungserbringer, der gegen dieses Gesetz verstossen hat, die Möglichkeit gegeben werden, den gesetzmässigen Zustand innert angemessener Frist wieder herzustellen (Abs. 1). Gemäss Art. 25 Abs. 2 ist der Dienstleistungserbringer dann nicht zu bestrafen, wenn er den gesetzmässigen Zustand innerhalb der von der Behörde gesetzten Frist hergestellt hat.

Zu Art. 26 – Verantwortlichkeit

Diese Bestimmung regelt das Vorgehen, wenn eine Übertretung nach Art. 24 im Geschäftsbetrieb einer juristischen Person oder einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft oder einer Einzelfirma begangen wurde.

Zu Art. 27 – Mitteilungspflicht für neue Anforderungen

Die Art. 15 Abs. 7 und 39 Abs. 5 UAbs. 2 der Dienstleistungsrichtlinie verlangen von den Vertragsstaaten, dass neue Anforderungen für die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit an die EFTA-Überwachungsbehörde gemeldet werden. Diese Mitteilung soll in Liechtenstein über das Amt für Handel und Transport abgewickelt werden, da diesem bereits jetzt die Notifikation von technischen Vorschriften im Sinne des EWR-Notifikationsgesetzes obliegt. In manchen Fällen kann es vorkommen, dass sowohl eine Mitteilung nach dem Dienstleistungsgesetz wie auch nach dem EWR-Notifikationsgesetz zu erfolgen hat (z.B. wenn ein nationaler Gesetzesentwurf sowohl eine technische Vorschrift über Produkte als auch eine Anforderung an die Dienstleistungserbringung gemäss Art. 15 Abs. 2 der Dienstleistungsrichtlinie enthält). Für diese Fälle regelt Abs. 5, dass nur eine Meldung zu erfolgen hat und zwar nach den Vorschriften des EWR-Notifikationsgesetzes, d.h. etwa auch, dass die Stillhaltefrist des EWR-Notifikationsgesetzes Anwendung findet. Bei dieser Meldung ist anzugeben, dass die betreffende Vorschrift eine Anforderung für die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit enthält und weshalb diese gerechtfertigt und verhältnismässig ist.

Zu Art. 28 – Delegation von Geschäften

Diese Bestimmung ermöglicht es der Regierung, die ihr in Art. 24 und 25 zugewiesenen Geschäfte unter Vorbehalt des Rechtszuges an die Kollegialregierung mit Verordnung an eine Amtsstelle zur selbständigen Erledigung zu übertragen.

Zu Art. 29 – Durchführungsverordnungen

Art. 29 enthält eine allgemeine Verordnungskompetenz der Regierung.

Zu Art. 30 – Inkrafttreten

Art. 30 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

3.2 Abänderung Bankengesetz, Rechtsanwaltsgesetz, Treuhändergesetz, Patentanwaltsgesetz, Wirtschaftsprüfergesetz

Die Dienstleistungsrichtlinie bezweckt, dass bestehende Hindernisse für Dienstleistungserbringer abgeschafft werden. So sollte die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit nicht von Kriterien wie dem Niederlassungsort, dem Wohnsitz oder Aufenthaltsort oder dem Standort der überwiegenden Tätigkeit abhängen (siehe Erwägungspunkt 65 der Dienstleistungsrichtlinie). Der EFTA-Gerichtshof hat am 6. Januar 2010 entschieden, dass das bestehende Wohnsitzerfordernis für die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats einer Bank sowie für Rechtsanwälte, Treuhänder, Patentanwälte und Wirtschaftsprüfer gegen die Niederlassungsfreiheit verstösst (Rechtssache E-1/09). Mit dieser Vorlage werden daher die bestehenden Wohnsitzerfordernisse in Art. 25 Bankengesetz, Art. 1b Abs. 1 Bst. d Rechtsanwaltsgesetz, Art. 1b Abs. 2 Bst. d, 36 Abs. 2 Bst. b Treuhändergesetz, Art. 1b Abs. 2 Bst. d, 31 Abs. 2 Bst. b Patentanwaltsgesetz sowie Art. 1 Abs. 2 Bst. d, 32 Abs. 2 Bst. c Wirtschaftsprüfergesetz abgeschafft.

4. VERNEHMLASSUNGSVORLAGEN

4.1 Dienstleistungsgesetz (DLG)

Gesetz

vom ...

über die Erbringung von Dienstleistungen (Dienstleistungsgesetz; DLG)

Dem nachstehend vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Gegenstand und Geltungsbereich

1) Dieses Gesetz regelt die Erbringung von Dienstleistungen, die von einem im Inland oder in einem Vertragsstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringer angeboten werden.

2) Dieses Gesetz berührt nicht die in Art. 1 der EWR-Dienstleistungsrichtlinie genannten Bereiche, insbesondere nicht das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, einschliesslich den Gesundheitsschutz und die Sicherheit am Ar-

beitsplatz sowie das Recht, Gesamtarbeitsverträge abzuschliessen und durchzusetzen.

3) Dieses Gesetz betrifft ferner nicht die Regeln des internationalen Privatrechts.

Art. 2

Zweck

1) Dieses Gesetz bezweckt insbesondere:

- a) die Erbringung von Dienstleistungen zu vereinfachen;
- b) eine hohe Qualität der Dienstleistungen zu gewährleisten;
- c) die Richtlinie 2006/123/EG vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt umzusetzen (EWR-Rechtssammlung: Anh. X – 1.01; EWR-Dienstleistungsrichtlinie).

2) Im Rahmen der in Abs. 1 genannten Zweckbestimmungen soll das Gesetz einen wettbewerbsfähigen Dienstleistungsmarkt fördern.

Art. 3

Ausnahmen vom Geltungsbereich

1) Dieses Gesetz findet auf folgende Tätigkeiten keine Anwendung:

- a) nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse;
- b) Finanzdienstleistungen wie Bankdienstleistungen und Dienstleistungen im Zusammenhang mit einer Kreditgewährung, Versicherung und Rückversicherung, betrieblicher oder individueller Altersversorgung, Wertpapieren, Geldanlagen, Zahlungen, Anlageberatung, einschliesslich der in Anhang I

der Richtlinie 2006/48/EG vom 14. Juni 2006 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (EWR-Rechtssammlung: Anh. IX – 14.01) aufgeführten Dienstleistungen;

- c) Dienstleistungen und Netze der elektronischen Kommunikation sowie zugehörige Einrichtungen und Dienste in den Bereichen, die in der Richtlinie 2002/19/EG vom 7. März 2002 über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung (EWR-Rechtssammlung: Anh. XI - 5cj.01), der Richtlinie 2002/20/EG vom 7. März 2002 über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste (EWR-Rechtssammlung: Anh. XI - 5ck.01), der Richtlinie 2002/21/EG vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (EWR-Rechtssammlung: Anh. XI - 5cl.01), der Richtlinie 2002/22/EG vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (EWR-Rechtssammlung: Anh. XI - 5cm.01), und der Richtlinie 2002/58/EG vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (EWR-Rechtssammlung: Anh. XI - 5ha.01), geregelt sind;
- d) Verkehrsdienstleistungen, die in den Anwendungsbereich von Teil III Kapitel 6 des EWR-Abkommens fallen;
- e) Dienstleistungen von Personalverleihunternehmen;
- f) Gesundheits- und pharmazeutische Dienstleistungen, die von Angehörigen eines reglementierten Gesundheitsberufs erbracht werden;
- g) audiovisuelle Dienste, auch im Kino- und Filmbereich, ungeachtet der Art ihrer Herstellung, Verbreitung und Ausstrahlung, sowie Rundfunk;

- h) Glücksspiele, die einen geldwerten Einsatz verlangen, einschliesslich Lotterien, Glücksspiele in Spielbanken und Wetten;
- i) Tätigkeiten, die im Sinne des Art. 32 des EWR-Abkommens mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind;
- k) soziale Dienstleistungen im Zusammenhang mit Sozialwohnungen, der Kinderbetreuung und der Unterstützung von Familien und dauerhaft oder vorübergehend hilfsbedürftigen Personen, die vom Staat, durch von ihm beauftragte Dienstleistungserbringer oder durch von ihm als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen erbracht werden;
- l) private Sicherheitsdienste;
- m) Tätigkeiten von Notaren und Gerichtsvollziehern, die durch staatliche Stellen besetzt werden.

2) Dieses Gesetz gilt nicht für den Bereich der Steuern.

Art. 4

Verhältnis zu anderen Rechtsvorschriften

Rechtsvorschriften, die diesem Gesetz widersprechen, finden keine Anwendung. Dies gilt nicht für Rechtsvorschriften, die auf einem EWR-Rechtsakt beruhen, der die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistung regelt.

Art. 5

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes bedeuten:

- a) „Dienstleistung“: jede von Art. 37 des EWR-Abkommens erfasste selbstständige Tätigkeit, die in der Regel gegen Entgelt erbracht wird;

- b) „Dienstleistungserbringer“: jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzt und jede in einem Vertragsstaat niedergelassene juristische Person im Sinne von Art. 34 des EWR-Abkommens, die eine Dienstleistung anbietet oder erbringt;
- c) „Dienstleistungsempfänger“: jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzt oder die in den Genuss von Rechten aus EWR-Rechtsakten kommt, oder jede in einem Vertragsstaat niedergelassene juristische Person im Sinne des Art. 34 des EWR-Abkommens, die eine Dienstleistung in Anspruch nimmt oder in Anspruch nehmen möchte;
- d) „Niederlassung“: die tatsächliche Ausübung einer von Art. 31 des EWR-Abkommens erfassten wirtschaftlichen Tätigkeit durch den Dienstleistungserbringer auf unbestimmte Zeit und mittels einer festen Infrastruktur, von der aus die Geschäftstätigkeit der Dienstleistungserbringung tatsächlich ausgeübt wird;
- e) „Niederlassungsstaat“: der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Dienstleistungserbringer niedergelassen ist;
- f) „reglementierter Beruf“: berufliche Tätigkeit im Sinn des Art. 3 Abs. 1 Bst. a der Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (EWR-Rechtssammlung: Anh. VII – 1.01);
- g) „Anforderung“: jede Auflage, Bedingung, Beschränkung oder jedes Verbot, die in den Verwaltungsvorschriften festgelegt sind, oder sich aus den Rechtsvorschriften, der Rechtsprechung, der Verwaltungspraxis, den Regeln der Berufsverbände oder vergleichbaren Organisationen, die in Ausübung ihrer Rechtsautonomie erlassen wurden, ergeben;
- h) „Genehmigung“: jede Regelung, nach der eine zuständige Behörde aufgrund eines Antrages oder einer Anzeige eine förmliche oder stillschwei-

gende Entscheidung über die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistung zu treffen hat;

- i) „zwingende Gründe des Allgemeininteresses“: Gründe, die der EFTA-Gerichtshof oder der Gerichtshof der Europäischen Union in seinen Entscheidungen als solche anerkannt hat;
- k) "kommerzielle Kommunikation": Werbung und andere Formen der Kommunikation, die der unmittelbaren oder mittelbaren Förderung des Absatzes von Waren und Dienstleistungen oder des Erscheinungsbildes eines Unternehmens, einer Organisation oder einer natürlichen Person dienen, ausgenommen:
 - 1. Angaben, die einen direkten Zugang zur Tätigkeit des Unternehmens, der Organisation oder natürlichen Person ermöglichen, wie insbesondere ein Domain-Name oder eine elektronische Postadresse; sowie
 - 2. unabhängig und insbesondere ohne finanzielle Gegenleistung gemachte Angaben über Waren, Dienstleistungen oder das Erscheinungsbild eines Unternehmens, einer Organisation oder natürlichen Person;
- l) „zuständige Behörde“: Behörde oder Stelle, der die Genehmigung oder Kontrolle der Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistung obliegt, oder die Regelungen dazu erlassen kann;
- m) „ersuchende Behörde“: die zuständige Behörde, die ein Ersuchen um Verwaltungszusammenarbeit stellt;
- n) „einheitlicher Ansprechpartner“: einheitlicher Ansprechpartner im Sinne des Art. 7;

- o) „Vertragsstaat“: ein Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen);
- p) „EWR-Rechtsakt“: Rechtsakt des Europäischen Wirtschaftsraums, der in der EWR-Rechtssammlung aufgeführt ist;
- q) „andere Rechtsvorschriften“: Vorschriften in Gesetzen, Verordnungen oder sonstigen Rechtserlassen, die die Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistung regeln.

2) Unter den in diesem Gesetz verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen sind Angehörige des männlichen und weiblichen Geschlechts zu verstehen.

II. Verwaltungsvereinfachung

Art. 6

Anerkennung von Nachweisen

1) Eine zuständige Behörde, der ein Zeugnis, eine Bescheinigung oder ein sonstiges Dokument zum Nachweis der Erfüllung einer Anforderung vorgelegt wird, erkennt auch an:

- a) Nachweise aus anderen Vertragsstaaten, die eine gleichwertige Funktion erfüllen oder aus denen deutlich wird, dass die betreffenden Anforderungen erfüllt sind;
- b) dazu dienende im Europäischen Wirtschaftsraum vereinheitlichte Formulare im Sinne des Art. 5 Abs. 2 der EWR-Dienstleistungsrichtlinie.

2) Eine zuständige Behörde kann nur dann verlangen, dass Nachweise aus anderen Vertragsstaaten im Original, in beglaubigter Kopie oder in beglaubigter Übersetzung des Originals vorgelegt werden, wenn dies in EWR-Rechtsakten vorgesehen ist, oder wenn zwingende Gründe des Allgemeininteresses dies erfordern.

3) Unbeschadet des Abs. 3 kann eine zuständige Behörde verlangen, dass eine nicht beglaubigte Übersetzung des Dokuments in deutscher Sprache vorgelegt wird.

4) Die Abs. 1 bis 3 gelten nicht für die in Art. 5 Abs. 4 der EWR-Dienstleistungsrichtlinie genannten Nachweise.

Art. 7

Einheitlicher Ansprechpartner

1) Die Regierung richtet für den Anwendungsbereich dieses Gesetzes einen einheitlichen Ansprechpartner ein.

2) Der einheitliche Ansprechpartner hat die Aufgabe:

- a) Informationen im Sinne des Art. 8 zugänglich zu machen;
- b) die Abwicklung von Verfahren und Formalitäten, die für die Aufnahme von Dienstleistungstätigkeiten erforderlich sind, zu erleichtern.

3) Der einheitliche Ansprechpartner ist einfach auf elektronischem Weg erreichbar.

4) Der einheitliche Ansprechpartner lässt die Zuständigkeiten und Befugnisse der zuständigen Behörden unberührt.

5) Die Regierung kann das Nähere mit Verordnung regeln.

Art. 8

Recht auf Information

1) Der einheitliche Ansprechpartner macht den Dienstleistungserbringern und -empfängern in geeigneter Form folgende Informationen zugänglich:

- a) Informationen über die Anforderungen für die Aufnahme, Ausübung und Inanspruchnahme einer Dienstleistung, die für im Inland tätige Dienstleistungserbringer gelten, insbesondere über die dabei einzuhaltenden Verfahren und Formalitäten;
- b) Informationen über die zuständigen Behörden, um eine direkte Kontaktaufnahme zu ermöglichen;
- c) Informationen über die allgemein verfügbaren Rechtsmittel und Rechtsbehelfe
 - 1. gegen Entscheidungen der Behörden, sowie
 - 2. im Fall von Streitigkeiten zwischen Dienstleistungserbringern und -empfängern oder zwischen Dienstleistungserbringern;
- d) Informationen über den Zugang zu den öffentlichen Registern und Datenbanken über Dienstleistungserbringer und Dienstleistungen;
- e) Informationen über Organisationen, die die Dienstleistungserbringer oder -empfänger praktisch unterstützen;
- f) Informationen über die Anforderungen für die Aufnahme und Ausübung einer Dienstleistung in anderen Vertragsstaaten, insbesondere die Regelungen über den Konsumentenschutz;

g) soweit vorhanden, Verhaltenskodizes im Sinne des Art. 37 der EWR-Dienstleistungsrichtlinie.

2) Die zuständigen Behörden und die in Abs. 1 Bst. e genannten Organisationen haben dem einheitlichen Ansprechpartner die zur Erfüllung seiner Aufgabe erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen.

3) Die zuständige Behörde erteilt auf Anfrage Auskunft über die gewöhnliche Auslegung und Anwendung der massgeblichen Anforderungen gemäss Abs. 1 Bst. a. Diese umfasst keine Rechtsberatung in Einzelfällen.

Art. 9

Informationserbringung

Die Informationen gemäss Art. 8 sind in klarer, leicht verständlicher, allgemeiner und aktueller Form auch aus der Ferne und elektronisch zu erteilen.

III. Genehmigung

Art. 10

Verfahren zur Erteilung einer Genehmigung

1) Die zuständigen Behörden haben innerhalb von sechs Wochen über einen Antrag auf Genehmigung durch Verfügung zu entscheiden. Die Behörde kann die Entscheidungsfrist einmal angemessen verlängern, soweit dies wegen der Schwierigkeit der Angelegenheit notwendig ist. Die Fristverlängerung ist zu begründen und vor Ablauf der Entscheidungsfrist den Parteien des Verfahrens mitzuteilen.

2) Die Entscheidungsfrist gemäss Abs. 1 beginnt mit dem rechtzeitigen Einlangen eines vollständigen Antrages zu laufen. Der Antragssteller ist gegebenenfalls auf die Unvollständigkeit des Antrages und die sich daraus ergebenden rechtlichen Folgen hinzuweisen.

3) Die Genehmigung eines Antrages gilt als erteilt, wenn die Verfügung nicht innerhalb der Entscheidungsfrist erlassen wurde. Diese Genehmigung gilt als Verfügung im Sinne des Landesverwaltungspflegegesetzes. Rechtsmittelfristen beginnen erst mit der Zustellung einer Bestätigung im Sinne des Abs. 4.

4) Die zuständige Behörde hat die Erteilung der Genehmigung gemäss Abs. 3 unverzüglich schriftlich zu bestätigen. Diese Bestätigung ist den Parteien des Verfahrens zuzustellen.

5) Bestehen zwingende Gründe des Allgemeininteresses kann durch Gesetz von Abs. 1 und 3 abgewichen werden. Dabei ist auf dieses Gesetz Bezug zu nehmen.

6) Die Bestimmungen des Landesverwaltungspflegegesetzes finden entsprechend Anwendung.

Art. 11

Empfangsbestätigung

Die zuständige Behörde stellt über einen Antrag betreffend eine Genehmigung unverzüglich eine Empfangsbestätigung aus, die insbesondere folgende Angaben enthält:

- a) Entscheidungsfrist;
- b) Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe;

- c) gegebenenfalls Rechtsfolgen gemäss Art. 10 Abs. 3.

Art. 12

Gleichwertigkeit von Anforderungen

Anforderungen und Kontrollen, die in einem anderen Vertragsstaat bereits gleichwertig oder aufgrund ihrer Zielsetzung im Wesentlichen vergleichbar erbracht oder durchgeführt wurden, werden im Inland anerkannt. Hierüber hat der Dienstleistungserbringer den Nachweis zu erbringen.

Art. 13

Geltungsdauer der Genehmigung

1) Genehmigungen werden für unbeschränkte Zeit erteilt, es sei denn:

- a) die Genehmigung wird automatisch verlängert, wenn der Dienstleistungserbringer die erforderlichen Anforderungen erfüllt;
- b) die Anzahl verfügbarer Genehmigungen ist aufgrund von zwingenden Gründen des Allgemeininteresses beschränkt;
- c) eine zeitliche Beschränkung der Genehmigung ist aufgrund von zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerechtfertigt.

2) Abs. 1 findet keine Anwendung auf die Höchstfrist, innerhalb derer der Dienstleistungserbringer seine Tätigkeit tatsächlich aufnehmen muss.

3) Genehmigungen, deren Anzahl aufgrund der Knappheit der natürlichen Ressourcen oder den vorhandenen technischen Möglichkeiten beschränkt ist, werden für eine angemessene befristete zeitliche Dauer erteilt und können nicht automatisch verlängert werden.

Art. 14

Meldepflicht des Dienstleistungserbringers

1) Der Dienstleistungserbringer hat der zuständigen Behörde mitzuteilen, wenn:

- a) sich die Voraussetzungen, die zur Erteilung der Genehmigung geführt haben, nachträglich ändern;
- b) eine zusätzliche Niederlassung im Inland geführt wird.

2) Die Mitteilung gemäss Abs. 1 hat innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu erfolgen.

3) Meldepflichten und -fristen in anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

IV. Grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit

Art. 15

Grundsätze

1) Die zuständigen Behörden leisten den entsprechenden Behörden der anderen Vertragsstaaten Amtshilfe und ergreifen Massnahmen, die für eine wirksame Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Dienstleistungserbringer und ihrer Dienstleistungen erforderlich sind.

2) Informationen dürfen nur übermittelt werden, wenn die ersuchende Behörde ihre Zuständigkeit und die Erforderlichkeit des Inhalts und des Umfangs der erbetenen Informationen glaubhaft gemacht hat und die Übermittlung not-

wendig und verhältnismässig ist. Die übermittelten Informationen dürfen nur für die Angelegenheit verwendet werden, für die sie angefordert oder übermittelt wurden.

3) Informationen über Disziplinar massnahmen, Verwaltungsstrafen oder strafrechtliche Sanktionen dürfen nur mitgeteilt werden, sofern sie rechtskräftig und von direkter Bedeutung für die Kompetenz oder die berufliche Zuverlässigkeit des Dienstleistungserbringers sind. Dabei ist anzugeben, aufgrund welcher Rechtsvorschriften der Dienstleistungserbringer verurteilt oder bestraft wurde. Der Dienstleistungserbringer ist unverzüglich zu informieren.

4) Informationen gemäss diesem Kapitel sind grundsätzlich im Wege des europäischen Binnenmarktinformationssystem (IMI) auszutauschen. Die zuständigen Behörden stellen ihren Anschluss an IMI sicher.

Art. 16

Verwaltungszusammenarbeit bei Ausnahmen im Einzelfall

1) Eine zuständige Behörde kann in Ausnahmefällen gegenüber einem Dienstleistungserbringer, dessen Niederlassung sich in einem anderen Vertragsstaat befindet, unter Beachtung der Verhältnismässigkeit und des in Abs. 2 bis 4 festgelegten Verfahrens Massnahmen ergreifen, wenn sie der Sicherheit der Dienstleistungen und dem Schutz der Dienstleistungsempfänger dienen.

2) In Fällen des Abs. 1 ersucht die zuständige Behörde den Niederlassungsstaat, Massnahmen gegen den betreffenden Dienstleistungserbringer zu ergreifen und übermittelt alle zweckdienlichen Informationen.

3) Beabsichtigt die zuständige Behörde nach Beantwortung des Ersuchens nach Abs. 2 durch den Niederlassungsstaat immer noch selbst Massnahmen zu

ergreifen, hat sie den Niederlassungsstaat sowie die EFTA-Überwachungsbehörde über die von ihr beabsichtigte Massnahme zu unterrichten und dabei mitzuteilen:

- a) aus welchen Gründen die vom Niederlassungsstaat getroffenen oder beabsichtigten Massnahmen für unzureichend gehalten werden;
- b) inwiefern die beabsichtigte Massnahme dem Dienstleistungsempfänger mehr Schutz bietet als die Massnahme des Niederlassungsstaates.

4) Die beabsichtigten Massnahmen dürfen frühestens fünfzehn Arbeitstage nach Absendung der in Abs. 3 genannten Mitteilung getroffen werden.

5) In dringenden Fällen kann die zuständige Behörde, die beabsichtigt, eine Massnahme zu ergreifen, von dem in den Abs. 2 bis 4 genannten Verfahren abweichen. In diesen Fällen sind die Massnahmen dem Niederlassungsstaat und der EFTA-Überwachungsbehörde unverzüglich unter Begründung der Dringlichkeit mitzuteilen.

6) Dieser Artikel lässt gerichtliche Verfahren einschliesslich strafrechtlicher Ermittlungsverfahren unberührt.

Art. 17

Vorwarnmechanismus

1) Erlangt eine zuständige Behörde Kenntnis von bestimmten Handlungen oder Umständen im Zusammenhang mit einer Dienstleistungstätigkeit, durch die eine ernste Gefahr für die Gesundheit oder die Sicherheit von Personen oder für die Umwelt ausgehen könnte, hat sie unverzüglich den Niederlassungsstaat, die anderen betroffenen Vertragsstaaten und die EFTA-Überwachungsbehörde zu informieren.

2) Die zuständige Behörde hat den betroffenen Dienstleistungserbringer unverzüglich über eine Meldung gemäss Abs. 1 zu informieren. Dieser kann eine Überprüfung der Rechtmässigkeit der Meldung in einem durch Verfügung zu erledigenden Verfahren bei der Behörde, die die Meldung erstattet hat, beantragen. Wird im Rahmen einer Überprüfung die Rechtswidrigkeit der Meldung festgestellt, so hat die Behörde die Meldung richtig zu stellen oder zurückzuziehen.

Art. 18

Verbindungsstelle

1) Die Regierung richtet zur Unterstützung der Verwaltungszusammenarbeit im Sinne dieses Kapitels eine Verbindungsstelle ein.

2) Die Regierung kann das Nähere mit Verordnung regeln.

V. Pflichten des Dienstleistungserbringer

Art. 19

Grundsätze

1) Dieses Kapitel gilt auch für Dienstleistungserbringer, die nicht die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzen oder in einem Vertragsstaat niedergelassen sind.

2) Die Informationen nach Art. 20 und 21 müssen klar, verständlich und eindeutig erbracht werden und müssen dem Dienstleistungsempfänger rechtzeitig vor Abschluss des Vertrages zur Verfügung gestellt werden.

3) Darüber hinausgehende Informationspflichten in anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

Art. 20

Informationspflichten für den Dienstleistungserbringer

Ein Dienstleistungserbringer hat den Dienstleistungsempfängern folgende Informationen von sich aus zur Verfügung zu stellen:

- a) seinen Namen und seine Firma, seine Rechtsform und seine geografische Anschrift unter der er niedergelassen ist;
- b) Angaben, aufgrund deren die Dienstleistungsempfänger mit ihm rasch und unmittelbar in Verbindung treten können;
- c) sofern vorhanden, die Öffentlichkeitsregisternummer, gegebenenfalls auch das Register, in dem er eingetragen ist;
- d) sofern die Tätigkeit einer Genehmigung unterliegt, die Angaben zur zuständigen Behörde;
- e) sofern vorhanden, die Mehrwertsteuer-Nummer;
- f) übt er einen reglementierten Beruf aus, auch:
 - 1. den Namen des Berufsverbandes oder einer vergleichbaren Organisation, dem oder der der Dienstleistungserbringer angehört;
 - 2. die Berufsbezeichnung oder, falls eine solche nicht existiert, den Ausbildungsnachweis des Dienstleistungserbringers und den Staat, in dem die Berufsbezeichnung verliehen bzw. der Ausbildungsnachweis ausgestellt wurde;
- g) sofern vorhanden, die vom Dienstleistungserbringer verwendeten vorformulierten Geschäftsbedingungen;

- h) sofern vorhanden, das Vorliegen einer gesetzlich nicht vorgeschriebenen nachvertraglichen Garantie;
- i) den Preis der Dienstleistung, falls der Preis für eine bestimmte Art von Dienstleistung im Vorhinein vom Dienstleistungserbringer festgelegt wurde;
- k) die Hauptmerkmale der Dienstleistung, wenn diese nicht bereits aus dem Zusammenhang hervorgehen;
- l) sofern eine Berufshaftpflichtversicherung oder vergleichbare Sicherheiten oder Vorkehrungen bestehen, Angaben hierzu, insbesondere den Namen und die Kontaktdaten des Versicherers oder Sicherungsgebers und den räumlichen Geltungsbereich.

Art. 21

Informationserbringung

Die Informationen gemäss Art. 20 werden nach Wahl des Dienstleistungserbringers:

- a) vom Dienstleistungserbringer von sich aus mitgeteilt;
- b) am Ort der Leistungserbringung oder des Vertragsabschlusses für den Dienstleistungsempfänger leicht zugänglich bereitgehalten;
- c) für den Dienstleistungsempfänger elektronisch über eine vom Dienstleistungserbringer angegebene Adresse leicht zugänglich bereitgehalten;
- d) in allen den Dienstleistungsempfängern zur Verfügung gestellten ausführlichen Informationsunterlagen über die angebotene Dienstleistung angeführt.

Art. 22

Informationen auf Anfrage

Ein Dienstleistungserbringer hat den Dienstleistungsempfängern auf Anfrage folgende Zusatzinformationen mitzuteilen:

- a) sofern der Preis nicht im Vorhinein vom Dienstleistungserbringer festgelegt wurde, den Preis der Dienstleistung oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, die Art seiner Berechnung oder ein hinreichend ausführlicher Kostenvoranschlag;
- b) sofern der Dienstleistungserbringer einen reglementierten Beruf ausübt, einen Verweis auf die in seinem Niederlassungsstaat geltenden berufsrechtlichen Vorschriften und wie diese zugänglich sind;
- c) die gemeinsame Ausübung unterschiedlicher Tätigkeiten durch den Dienstleistungserbringer oder die Ausübung solcher Tätigkeiten in einer Partnerschaft, sofern dies die Unabhängigkeit oder Unparteilichkeit des Dienstleistungserbringers hinsichtlich der angefragten Dienstleistung beeinträchtigen könnte und die Massnahmen, die er ergriffen hat, um Interessenkonflikte zu vermeiden;
- d) Verhaltenskodizes, die für den Dienstleistungserbringer gelten, und die Adresse, unter der diese elektronisch abgerufen werden können, sowie Angaben über die Sprachen, in denen sie vorliegen;
- e) sofern der Dienstleistungserbringer Verhaltenskodizes unterworfen ist, einem Berufsverband oder einer vergleichbaren Organisation angehört, die aussergerichtliche Verfahren der Streitbeilegung vorsehen, Informationen hierzu. Dabei ist anzugeben, wie ausführliche Informationen über dieses Streitbeilegungsverfahren und die Bedingungen für seine Inanspruchnahme erlangt werden können.

Art. 23

Gleichbehandlungsgebot

Der Dienstleistungserbringer darf den Zugang zu einer Dienstleistung nicht in diskriminierender Weise von der Staatsangehörigkeit oder dem Wohnsitz des Dienstleistungsempfängers abhängig machen. Unterschiede bei den Zugangsbedingungen sind nicht diskriminierend, wenn sie durch objektive Kriterien gerechtfertigt sind.

VI. Strafbestimmungen

Art. 24

Übertretungen

1) Ein Dienstleistungserbringer ist von der Regierung wegen Übertretung mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 Franken zu bestrafen, wenn er:

- a) gegen seine Informationspflichten nach Art. 20 und 22 verstösst; oder
- b) gegen das Gleichbehandlungsgebot nach Art. 23 verstösst.

2) Eine Übertretung nach Abs. 1 liegt nicht vor, wenn die Tat den Tatbestand einer gerichtlich strafbaren Handlung bildet oder nach anderen Verwaltungsstrafbestimmungen mit strengerer Strafe bedroht ist.

Art. 25

Tätige Reue

1) Die Regierung kann einen Dienstleistungserbringer, der die Verpflichtungen nach diesem Gesetz verletzt, darauf hinweisen und ihm auftragen, den ge-

setzmässigen Zustand innerhalb einer von ihr festgelegten angemessenen Frist herzustellen. Dabei hat sie ihn auf die mit einer solchen Aufforderung verbundenen Rechtsfolgen hinzuweisen.

2) Ein Dienstleistungserbringer ist von der Regierung wegen einer Übertretung nach Art. 24 nicht zu bestrafen, wenn er den gesetzmässigen Zustand innerhalb der von ihr gesetzten Frist herstellt.

Art. 26

Verantwortlichkeit

Werden die Übertretung nach Art. 24 im Geschäftsbetrieb einer juristischen Person oder einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft oder einer Einzelfirma begangen, finden die Strafbestimmungen auf die Personen Anwendung, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen, jedoch unter solidarischer Mithaftung der juristischen Person, der Gesellschaft oder der Einzelfirma für die Geldstrafen und Kosten.

VII. Mitteilungspflicht

Art. 27

Mitteilungspflicht für neue Anforderungen

1) Die zuständige Behörde übermittelt jeden von ihr ausgearbeiteten Entwurf einer Vorschrift, die eine neue Anforderung für die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit im Sinne des Art. 15 Abs. 2 oder 16 Abs. 3 der Dienstleistungsrichtlinie darstellt, vor der Erlassung dem Amt für Handel und Transport.

2) Das Amt für Handel und Transport leitet den Entwurf binnen 14 Tagen nach dessen Erhalt zur Mitteilung an die EFTA-Überwachungsbehörde weiter.

3) Wird der bereits an die EFTA-Überwachungsbehörde mitgeteilte Entwurf bis zu seinem Inkrafttreten wesentlich verändert, so ist eine weitere Mitteilung nach den Abs. 1 und 2 vorzunehmen.

4) Der endgültige Wortlaut einer neuen Anforderung im Sinne des Abs. 1 ist nach der Erlassung von der zuständigen Behörde unverzüglich dem Amt für Handel und Transport zur Mitteilung an die EFTA-Überwachungsbehörde zu übermitteln.

5) Die Mitteilung eines Entwurfs nach dem Gesetz über die Notifikation technischer Vorschriften im Europäischen Wirtschaftsraum erfüllt gleichzeitig die in diesem Kapitel vorgesehene Verpflichtung zur Mitteilung.

6) Die zuständigen Behörden sowie die liechtensteinischen Interessensverbände können über das Amt für Handel und Transport Auskünfte über Mitteilungen neuer Anforderungen der anderen Vertragsstaaten anfordern.

7) Die Regierung regelt das Nähere mit Verordnung.

VIII. Schlussbestimmungen

Art. 28

Delegation von Geschäften

Die Regierung kann mit Verordnung die ihr in den Art. 24 und 25 zugewiesenen Geschäfte unter Vorbehalt des Rechtszuges an die Kollegialregierung an eine Amtsstelle zur selbständigen Erledigung übertragen.

Art. 29

Durchführungsverordnungen

Die Regierung ist ermächtigt, die für die Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Verordnungen erlassen.

Art. 30

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft.

4.2 Abänderung Bankengesetz

Gesetz

vom ...

betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Banken und Wertpapierfirmen

Dem nachstehend vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I.

Änderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 21. Oktober 1992 über die Banken und Wertpapierfirmen, LGBI. 1992 Nr. 108, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Art. 15 Abs. 2 Einleitungssatz

2) Wenn die Bank oder die Wertpapierfirma Teil einer im Finanzbereich tätigen ausländischen Gruppe bildet, wird die Bewilligung zusätzlich zu den Voraussetzungen nach Art. 18 bis 24 nur erteilt, wenn:

Art. 17 Abs. 1

1) Die Bewilligung zum Betrieb einer Bank oder Wertpapierfirma wird erteilt, wenn sämtliche Voraussetzungen nach Art. 18 bis 24 erfüllt sind.

Art. 25

Aufgehoben

II.

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Dienstleistungsgesetz in Kraft.

4.3 Abänderung Rechtsanwaltsgesetz

Gesetz

vom ...

betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Rechtsanwälte

Dem nachstehend vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I.

Änderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 9. Dezember 1992 über die Rechtsanwälte, LGBI. 1993 Nr. 41, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Art. 1b Abs. 1 Bst. d

Aufgehoben

Art. 46 Abs. 1 Bst. b

b) über die Erfüllung der Voraussetzungen gemäss Art. 1b Abs. 1 Bst. a bis c, g und h;

II.

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Dienstleistungsgesetz in Kraft.

4.4 Abänderung Treuhändergesetz

Gesetz

vom ...

betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Treuhänder

Dem nachstehend vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I.

Änderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 9. Dezember 1992 über die Treuhänder, LGBI. 1993 Nr. 42, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Art. 1b Abs. 2 Bst. d

Aufgehoben

Art. 36 Abs. 2 Bst. b

b) über die Erfüllung der Voraussetzungen gemäss Art. 1b Abs. 2 Bst. a und b;

II.

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Dienstleistungsgesetz in Kraft.

4.5 Abänderung Patentanwaltsgesetz

Gesetz

vom ...

betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Patentanwälte

Dem nachstehend vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I.

Änderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 9. Dezember 1992 über die Patentanwälte, LGBl. 1993 Nr. 43, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Art. 1b Abs. 2 Bst. d

Aufgehoben

Art. 31 Abs. 2 Bst. b

b) über die Erfüllung der Voraussetzungen gemäss Art. 1b Abs. 2 Bst. a und b;

II.

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Dienstleistungsgesetz in Kraft.

4.6 Abänderung Wirtschaftsprüfergesetz

Gesetz

vom ...

betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften

Dem nachstehend vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I.

Änderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 9. Dezember 1992 über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften, LGBI. 1993 Nr. 44, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Art. 1 Abs. 2 Bst. d

Aufgehoben

Art. 32 Abs. 2 Bst. c

Aufgehoben

II.

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Dienstleistungsgesetz in Kraft.